

"Erhöht die Energiesteuern, um Schulden abzubauen!"

von Hans Eichel

Bislang wird meist der Faktor Arbeit belastet, wenn ein Staat mehr Einnahmen erzielen will. Besser ist es, den Verbrauch fossiler Energieträger zu verteuern.

Die Regierungen in ganz Europa sind in einem Dilemma. Die hohen Staatsschulden sind ein Klotz am Bein jeder europäischen Volkswirtschaft, und Regierungen müssen ihre Einnahmen erhöhen, um Haushaltsdefizite zu reduzieren. Gleichzeitig sollen die Verbraucher wieder mehr konsumieren, um so das Wirtschaftswachstum mit anzukurbeln und der Wirtschaft wieder Kapital zur Verfügung zu stellen. Die bisherige Antwort auf dieses Dilemma war eine strenge Sparpolitik. Angefacht durch den Wahlsieg von Francois Hollande und zuvor bereits unterstützt durch Protestbewegungen in mehreren Staaten, bewegt sich die Debatte allerdings jetzt hin zu Maßnahmen, die Anreize für Wachstum schaffen, statt einfach Ausgaben zu kürzen. Eine intelligente Besteuerung wird deshalb entscheidend dafür sein, die richtige Balance zwischen den Zielen des Schuldenabbaus und neuem Wachstum zu finden.

Falsche Anreize gesetzt

Wenn Regierungen über die schwierige Aufgabe nachdenken, Steuern einzuführen oder zu erhöhen, dann denken sie üblicherweise über Einkommen- und Mehrwertsteuer nach. Besteuert - und somit verteuert - wird dabei ausgerechnet der Faktor Arbeit. Dies setzt die falschen Anreize und Signale für die Entwicklung der Arbeitskosten. Während die Arbeitsproduktivität aufgrund stetig wachsender Lohn- und Arbeitskosten steigt, steigt die Ressourcenproduktivität aufgrund des Mangels an dauerhaften Preissignalen nur wesentlich langsamer. Gerade in der aktuellen Krisensituation mit einer hohen Erwerbslosenquote in den meisten EU-Staaten scheint dies nicht gerade sinnvoll. Eine Möglichkeit, kosteneffizient Gelder in die Staatskassen zu spülen, besteht in der Besteuerung von Energie oder von CO₂-Emissionen. Diese Steuern sind mit einem doppelten Vorteil verbunden. Zum einen wirken sie von allen Steuerarten am wenigsten wachstumsdämpfend Euro für Euro, Pfund für Pfund, Zloty für Zloty: Steuern auf Energie und den Ausstoß von Kohlendioxid haben viel geringere negative Folgen für Unternehmen, Konsum und Arbeitsplätze, als es Einkommen und Umsatzsteuern haben. Darüber hinaus schaffen Energiesteuern gezielt Anreize, Europa aus seiner Abhängigkeit von teuren Öl- und Gasimporten zu befreien. Jahr für Jahr zahlen die EU-Staaten mehr als 400 Mrd. Euro für Energieimporte. Dies ist mehr als die Summe der griechischen Staatsschulden, von der damit verbundenen politischen Abhängigkeit von energieexportierenden Ländern ganz abgesehen. Ausgerechnet in Spanien, Griechenland und Portugal wird jedoch für jede Einheit des Bruttoinlandsprodukts doppelt so viel importiertes Öl eingesetzt wie im EU-Durchschnitt. Hinzu kommt, dass Energiesteuern wichtige Impulse geben, mehr Wachstum mit immer weniger Energieeinsatz zu erzielen und damit das Wachstum vom Verbrauch immer knapper werdender Rohstoffe zunehmend zu entkoppeln. Gerade Deutschland hat vorgemacht, wie ein solcher Kurs dazu führen kann, zu einer der effizientesten und wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften zu werden. Nichtsdestotrotz ist es in vielen europäischen Ländern ein heikles politisches Thema, die Benzin-, Strom- und Heizrechnungen zu erhöhen. Selbst in Deutschland waren ehemalige Umweltminister nicht immun gegen Forderungen, den Verbrauch fossiler Energie sogar noch zu subventionieren - etwa durch eine Erhöhung der Entfernungspauschale. Bei ihrem nächsten Wachstumsgipfel sollten Europas Staats- und Regierungschefs auf kreativere Weise über ihre Gestaltungsmöglichkeiten nachdenken, als sie es früher taten. Europa braucht wirtschaftliche und finanzielle Erholung. Es braucht ebenso eine Antwort auf die Klimakrise - und eine nachhaltige Wachstumsstrategie. Ein Umsteuern bei der Besteuerung kann hierzu einen entscheidenden Beitrag leisten. Verglichen mit anderen Formen der Besteuerung haben Energiesteuern klare Vorteile für Konsumenten, Wirtschaft und Umwelt.

Quelle: *Financial Times Deutschland*, 30.05.2012